

Witzig schweigt, ein Zeuge redet

Am ersten Tag des Prozesses gegen den ehemaligen Thurgauer Kantonstierarzt steht Ulrich K. als Privatkläger mit im Fokus.

Stefan Marolf

Eigentlich ist Ulrich K. im Prozess gegen den ehemaligen Thurgauer Kantonstierarzt Paul Witzig nur Privatkläger. Trotzdem war er am Mittwoch, dem ersten Prozesstag, die Hauptfigur. Er erschien mit blau-grau kariertem Hemd, braunem Faserpelz und schwarzem Hut, die Akten hatte er – wie schon vor knapp einem Jahr beim Prozess gegen ihn in Arbon – in einer Plastiktasche des Kleiderladens «Chicorée» bei sich.

Nach dem Gang vorbei an Video- und Fotokameras setzte sich K. im grossen Saal des Bezirksgerichts Frauenfeld an den ihm zugewiesenen Platz. Er sollte den ganzen Tag lang kein einziges Wort verlieren – ganz anders sein Verteidiger Rainer Niedermann neben ihm. Gleich zu Beginn wendete sich dieser der Anklageschrift zu. Sie war, das erfuhren die Medienschaffenden erst vor Ort, bereits einmal überarbeitet worden. Die ergänzte Fassung wirft Paul Witzig nicht mehr versuchte Nötigung, sondern Nötigung vor. Ausserdem ist sie um ein ganzes Kapitel zur Hofräumung erweitert – darin findet sich der ebenfalls neue Vorwurf des Diebstahls.

Niedermann war selbst damit nicht zufrieden. Die ergänzte Anklageschrift sei «leider nach wie vor unvollständig und mangelhaft und deshalb zurückzuweisen», sagte er und drohte: «Falls diesem Begehren nicht entsprochen werden sollte, werden wir uns ernsthaft überlegen müssen, gegen die Staatsanwaltschaft und das Bezirksgericht Ausstandsbegehren zu stellen.»

Der Gerichtspräsident bleibt unbeeindruckt

Dass die Anklageschrift «dürftig gehalten» sei, bemängelte zwar auch Witzigs Anwalt Daniel Christen. «Auf Rückweisung ist



Der ehemalige Kantonstierarzt Paul Witzig erscheint am Mittwochmorgen vor Gericht.

Bild: Andrea Tina Stalder

trotzdem zu verzichten, die Anklageschrift entspricht dem Ermittlungsergebnis.» Staatsanwältin Claudia Widmer sah das genauso – und warf dem Anwalt von Ulrich K. Polemik vor: «Der Privatkläger will seine Interessen offensichtlich mit pseudoformellen Anträgen durchsetzen.» Niedermann antwortete salopp: «Als Rechtsanwalt darf ich etwas polemischer sein.» Den Wortwechsel nahmen sowohl Paul Witzig als auch Ulrich K. zur Kenntnis, ohne eine Meinerde zu verziehen.

Als Gerichtspräsident René Hunziker nach einer kurzen Pause alle Rückweisungsanträge abwies, machte Niedermann seine Drohung wahr und stellte das Ausstandsbegehren: «Dieses Verfahren ist alles andere als

ergebnisoffen und nicht fair.» Das Bezirksgericht Frauenfeld habe sich mit der Frage der Befangenheit schon vorgängig befasst, sagte René Hunziker. Er werde das Ausstandsbegehren ans dafür zuständige Obergericht weiterleiten. «Bis zum Entscheid wird das Amt weiter ausgeübt, deshalb wird die Verhandlung fortgesetzt.»

Gesagt, getan – Hunziker sollte jetzt die Angeklagten befragen. Als Erster wäre Ex-Kantonstierarzt Witzig an der Reihe gewesen. Er verweigerte die Aussage. Dasselbe taten Witzigs ehemaliger Stellvertreter, Ulrich Weideli, ein weiterer Mitarbeiter des Veterinäramts und ein ebenfalls angeklagter Milchinspektor. Deutlich gesprächiger als die Angeklagten waren eine

Zeugin und ein Zeuge, die am Nachmittag vorgeladen waren. Die Zeugin, eine ehemalige Angestellte des Veterinäramts, machte schon vor der Hofräumung Kontrollen auf den Weiden von Ulrich K. und rapportierte die Beobachtungen. Sie habe belastende und entlastende Sachverhalte notiert, könne sich aber nicht mehr genau erinnern. Jedenfalls: «Ich nehme an, dass Herr Witzig aufgrund meiner Meldungen Kontrollen veranlasst hat.»

Es gab einen Plan zur Einigung mit Ulrich K.

Nach ihr nahm Andreas Keller, ehemaliger und inzwischen pensionierter Generalsekretär des kantonalen Departements für Inneres und Volkswirtschaft

(DIV), im Zeugenstand Platz – und gewährte neue Einblicke in Verhandlungen zwischen dem Kanton und Ulrich K.

Sein ehemaliger Vorgesetzter, alt Kantonsrat Kaspar Schläpfer, hätte die «Causa K.» gerne vor seinem Rücktritt im Frühling 2016 beendet, so Keller. Schläpfer habe ihn deshalb beauftragt, mit Ulrich K. und dessen damaligem Anwalt eine Einigung zu erzielen. «Unserer Meinung nach war Ulrich K. mit der Grösse seines Betriebs überfordert.» Keller versuchte deshalb, in den Verhandlungen eine wesentliche Reduktion des Tierbestands zu erzielen – «zum Beispiel auf 60 Pferde und keine weiteren Tiere.»

Gemäss Kellers Aussagen vor Gericht waren die Verhand-

lungen «relativ weit», ehe sie ins Stocken gerieten. Als im August 2017, kurz vor der Hofräumung, Bilder von vernachlässigten Pferden auftauchten, war die Einigung definitiv vom Tisch.

Witzig hätte nicht in Eigenregie entschieden

Ob das Veterinäramt angehalten gewesen sei, zugunsten der Verhandlungen nicht konsequenter gegen Ulrich K. vorzugehen, fragte Gerichtspräsident Hunziker auch. Von einer solchen Anweisung wisse er nichts, antwortete Keller nach einigem Überlegen. Bei Gesprächen zwischen dem Kantonstierarzt und dessen Chef, ab 2016 Regierungsrat Walter Schönholzer, sei er aber nie dabei gewesen.

Keller war sich trotzdem sicher: «Witzig hätte nie von sich aus eine Hofräumung veranlassen können.» Dafür hätte er über den Regierungsrat und eine eigens einberufene Arbeitsgruppe hinweg den Bund, die Armee, die Polizei und die Staatsanwaltschaft aufbieten müssen. «Die politische Dimension des Falls war schon da, Witzig hätte die Mittel nicht gehabt.»

Dass der ehemalige Kantonstierarzt mit mehr unangemeldeten Kontrollen gegen Ulrich K. hätte vorgehen können, bezweifelte Keller ebenfalls. «Ich sage: Ob angemeldet oder nicht, der Zustand auf dem Hof war immer gleich.» Er beschrieb die Unordnung auf dem Hof in Hefenhofen, der sonst regungslose Ulrich K. wippte plötzlich auffällig schnell mit einem Stift, den er in der rechten Hand hatte, und Keller sagte: «Man konnte den Hof nicht in zwei, drei Stunden aufräumen, dafür hätte man ein Vierteljahr gebraucht.»

Hinweis

Der Prozess wird am Donnerstag mit den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Vertreter der Privatkläger fortgesetzt.

Die EDU will im Grossen Rat ihre Fraktionsstärke ausbauen

Die Thurgauer EDU möchte in den kantonalen Wahlen vom 7. April mit klaren politischen Haltungen und Bibelnähe punkten.

Judith Schuck

Wahlziel der Eidgenössischen Demokratischen Union (EDU) Thurgau ist es, ihre Sitze im Grossen Rat von fünf auf sieben auszuweiten. «Mit Liste 7 sieben Sitze gewinnen», lautet die Parole von Präsident und Kantonsrat Christian Mader, der dieses Ziel als realistisch einschätzt. Bei den Nationalwahlen habe die EDU ihre Wählerprozentage halten können, obwohl die Chancen auf einen Sitz in Bern gering gewesen seien. Einige EDU-Wählerinnen und -Wähler hätten zudem die unveränderte SVP-Liste eingeworfen – und genau auf diese Stimmen zählt die Thurgauer EDU im April.

Welche Regierungskandidierenden sie unterstützen möchte, will die Partei entscheiden, nachdem sie sich die ein-

zelnen Personen angehört habe, so Mader bei der Jahrespressekonferenz, die im Thurgauer Zimmer bei EDU-Kantonsrat

Lukas Madörin in Weinfelden stattfand. Was die Listenverbindung betrifft, antwortet Mader: Die Verhandlungen seien noch

nicht abgeschlossen, aber es werde die gleiche Listenverbindung geben wie bei den Nationalwahlen. Im Herbst schloss sich die EDU statt wie üblich mit der SVP mit Aufrecht zusammen.

«Seit 27 Jahren ist die EDU im Kanton Thurgau aktiv. Seither orientieren wir uns in der Lösungsfindung bei Fragen des täglichen Lebens und bei politischen Themen an den unveränderten, topaktuellen und zeitlos gültigen Weisungen der Bibel», sagt Mader. Er attestiert seiner Partei eine «berechenbare und klare Haltung».

Klimakrise sei nicht bewiesen

Kantonsrat Peter Schenk sieht sich im Grossratswahlkampf «der Wahrheit verpflichtet» und möchte sich dem «Übersterb-

lichkeitsrätsel», das er in Zusammenhang mit der Corona-Impfung setzt, auf die Spur gehen. Ausserdem sieht er die Klimakrise als nicht bewiesen an und fordert: «Seriosität der Klimakrise-Behauptung von allen seriösen Medien.»

Fraktionspräsident Iwan Wüst möchte die Weltgesundheitsorganisation WHO ins Visier nehmen, welche im Mai 2024 zum Abschluss der Verhandlungen über ein internationales Pandemiegesetz kommt, um künftig besser auf Pandemien reagieren zu können. Er befürchtet mit diesem Abkommen eine Bedrohung der Demokratie, da Volk und Kantone zu wenig Mitspracherecht hätten. Timmy Frischknecht, Präsident der Jungen EDU Schweiz, kandidiert neu für den Kantonsrat. Er widmet sich der Thurgauer

Energie. Marcel Wittwer, Vizepräsident und seit einem Jahr im Kantonsrat, nimmt sich den Finanzen an. Die angespannte finanzielle Lage könne nur durch weniger Ausgaben in den Griff bekommen werden. Unnötig findet er beispielsweise die Stelle eines Klimaberaters, der vom Kanton finanziert werde.

Den steigenden Schülerzahlen könne auch auf privater Ebene mit freien Schulen begegnet werden. Was die Kinderbetreuung betrifft, sieht Wittwer mit der Einführung von Kitagutscheinen eine Benachteiligung eigenverantwortlicher Familien.

Kantonsrat Lukas Madörin, der Familie zu seinem Wahlkampfthema macht, will sich dafür einsetzen, dass die Betreuung der Kinder durch die Eltern wieder attraktiver wird.



Die EDU Thurgau will gestärkt aus den kantonalen Wahlen hervorgehen.

Bild: Judith Schuck